

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Dörner, Industriehalle
Mittelstr. 10
Postsendungen
franco gegen Franco.
Wochenblätter gratis
nach der Schweiz, Italien
Postporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den benannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wertscheine von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Gauband)
Fr. 1. 20 für Österreich (Gauband)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserate
Die Belegspalten betragen
25 Gts. — 20 Wfr.

N^o. 10.

Sonntag, 7. Dezember.

1879.

Zeitschrift der Sozialdemokraten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die hiesige Verlags- und Postverwaltung genötigt, die Briefe nicht durch die Post, sondern durch die Eisenbahnen über den wägen Koffer der Postträger, sowie den Inhalt der Sendungen zu kassieren, und letztere dadurch zu sichern. Hauptforderung ist hiesig einzuführen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenklich überlieferte Adresse in Deutschland und Oesterreich wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst ausführliche Postumschreibungen mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Retransportierung. Gebietet an uns Briefe, werden wir gerathen wieder Mühe nach stellen lassen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Preßgeschichtliche Rückblicke.

II.

Größeres Interesse bieten die Bundesbeschlüsse vom 5. Juli 1832. Die Verordnungen betreffend die Zensur ganz bei Seite lassend, wenden wir uns zum zweiten Punkte der Beschlüsse, der lautet: „Alle Vereine, welche politische Zwecke haben, oder unter anderen Namen zu politischen Zwecken benutzt werden, sind in sämmtlichen Bundesstaaten zu verbieten und ist gegen deren Urheber und die Theilnehmer an denselben mit angemessener Strafe vorzugehen.“ Volksversammlungen und Volksfeste, die bis dahin noch nicht verboten waren, sollten ohne vorher eingeholte Erlaubnis nicht veranstaltet werden. Oeffentliche Reden politischen Inhalts sind überhaupt zu halten verboten. „Wer eine Volksversammlung dazu mißbraucht (!), Adressen oder Beschlüsse in Vorschlag zu bringen und durch Unterschrift oder mündliche Zustimmung genehmigen zu lassen, ist mit geschärfter Ahndung zu belegen.“ Da dieß allerdings etwaigen Volksversammlungen nur noch übrig, Gebete für die ewige Dauer der bestehenden Ordnung abzuhalten! Springen über die deutschen Regierungen von heute mit dem Versammlungsrecht — so weit es die Sozialisten betrifft — viel anders um?

Doch alle diese schrecklich drohenden Erlasse und Befehle machten das mit den damaligen sozialen und politischen Verhältnissen unzufriedene Bürgerthum nicht tod — eine Sache, die sich von selbst versteht für jeden mit dem menschheitlichen Entwicklungsgang Vertrauten und unergründlich nur ist für jene zünftigen Diplomaten, die gar nicht begreifen wollen, daß sich der Geist der Geschichte nicht in die engen Formen ihrer klebrigen Schachzüge und Intrigen hineingießen lasse. Es traten Anfangs 1834 die deutschen Regierungen in Wien zusammen, wo der damalige „Geniale“, der „große“ Metternich, in der Eröffnungsrede folgendes sagte: „Aus den Stürmen der Zeit ist eine Partei entsprossen, deren Kühnheit, wenn nicht durch Entgegenkommen, so doch durch Nachgiebigkeit, bis zum Uebermaß gestiegen ist. Jede Autorität anfeindend, weil sie sich selbst zur Herrschaft berufen wähnt, unterhält sie mitten im allgemeinen politischen Frieden einen inneren Krieg, vergiftet den Geist und das Gemüth des Volkes, verführt die Jugend, behört selbst das reifere Alter, trübt und verstimmt alle öffentlichen und Privatverhältnisse, stößt mit voller Ueberlegenheit die Völker zu systematischem Mißtrauen gegen ihre rechtmäßigen Herrscher auf, und predigt Zerstörung und Vernichtung gegen Alles, was be steht.“ Wir enthalten uns, weiter zu zitieren, und wollen auch auf das lange, in Wien gebrachte Protokoll nicht eingehen: Alles athmet denselben Geist der blinden Raubgierigkeit und Schwäche, die ihre Zuflucht zu drakonischen Maßregeln nehmen. Zudem braucht man ja auch, um solche Herzensergüsse zu lesen, wahrlich nicht bis auf Metternich zurückzugehen. Das Vorstehende genügt, um zu zeigen, daß man in jener Zeit von der Bourgeoisie genau so sprach, wie heute von der Sozialdemokratie! Die Zeitungen der Bamberger und Laßler drucken die Schmähreden, die i. B. die Feudalen gegen die erkünstelten heiligen Horne aus sich herauspresten, täglich in unveränderter Auflage ab. Wie früher die Feudalen, so gehen sich jetzt die Bourgeois als Beschützer aller Palladien der Menschheit aus, während der von ihnen auf allen Gebieten der menschlichen Thätigkeit proklamirte Individualismus in der That die bodenloseste Verfluchung und beispielloseste Verfluchung in die bodenloseste Verfluchung und beispielloseste Verfluchung hineinführt. Nur ein Abkalt der früheren; nicht einmal Tageslicht tritt, ist nur ein Abkalt der früheren; nicht einmal für das Wort „Untergang“ im Sinne des Sozialistengesetzes kann Herr Laßler für sich Originalität beanspruchen!

Am 10. Dezember desselben Jahres 1834 faßte die Bundesversammlung einen Beschluß, der werth ist, dem Gedächtniß des deutschen Volkes eingeprägt zu bleiben. Derselbe begann: „Nachdem sich in Deutschland in neuerer Zeit und zuletzt unter der Benennung „das junge Deutschland“ oder „die junge Literatur“ eine literarische Schule gebildet hat, deren Bemühungen unerbittlich dahin gehen, in belletristischen, für alle Klassen von Lesern hohlen literarischen Schriften die christliche Religion auf die freche zugänglichste Weise anzugreifen, die bestehenden sozialen Verhältnisse herabzuwürdigen und alle Zucht und Ordnung zu zerstören: so hat die deutsche Bundesversammlung, in Erwägung, daß es dringend notwendig sei, diesen verderblichen, die Grundpfeiler aller geistlichen Ordnung untergrabenden Bestrebungen durch Zusammenwirken aller Bundes-Regierungen sofort Einhalt zu thun, und wirken aller Bundes-Regierungen sofort Einhalt zu thun, und wirksam weiter zu wirken vom Bunde oder von den Regierungen zur Erreichung des Zweckes nach Umständen zu ergreifenden Maßregeln, sich zu nachstehenden Bestimmungen vereinigt“ ... Es folgen nun die näheren Angaben, daß und wie die Verfasser, Verleger, Drucker und Verbreiter von Schriften, die aus der genannten Schule hervorgingen, bestraft werden sollen. Als zu jener Schule gehörend, werden Heinrich Heine, Karl Gupfow, Heinrich Laube, Rudolf Wienberg und Theodor Mundt genannt. — Jedes Wort der Rechtfertigung für diese

Männer, die den besten unserer Zeit beigezählt werden, wäre schlecht angebracht. Die Geschichte und das deutsche Volk haben längst über jenen Diplomat-Beschluß zu Gericht gefessen, und mit dem Brandmal, das dieser dem „jungen Deutschland“ aufzubringen verurtheilt, die Urheber selbst gekennzeichnet. Heine ist längst der Liebling seines Volkes und sein Wort:

„Kennt man die besten Namen,
Wird auch der meine genannt“

ist voll und in Erfüllung gegangen. Gupfow und Laube stehen auf einem ehrenvollen Platze im Gedächtniß der Nation. Hier wie oft war das Volk, indem es dem jungen Deutschland folgte, in seinem dunkeln Drange sich des rechten Weges wohl bewußt, während seine hochweisen Regierungen und Diplomaten auf dem Holwege waren. Für uns Sozialdemokraten aber ist der Vergleich mit diesen Männern, denen man damals genau dieselben Ehrentitel: „Beschimpfer der Religion, Herabwürdiger aller bestehenden Verhältnisse, Zerstörer aller Zucht und Ordnung“ etc. an den Kopf warf, wie heute uns, nur ehrend und geeignet, Vernünftigen die Augen zu öffnen.

Trotz Ullas und Verbot nahm aber die revolutionäre Propaganda täglich zu, sei es, daß sie sich auf religiösen Gebiete, in Freigemeinden etc., sei es, daß sie sich in den Ständeversammlungen oder Zeitungen äußerte. Um dieser unruhigen und gefährlichen Partei die Spitze abzubringen, gab der König von Preußen seinem Volk im Jahre 1847 eine neue „Verfassung“, in der man den Ständen zwar einige kleine Berechtigungen einräumte, der damals am lautesten geltend gemachten Forderung aber: der Einführung einer Konstitution, wie sie jetzt besteht, eben so fern blieb, wie früher. Ja, über diese Forderung der Bourgeois äußerte sich der König in der Eröffnungsrede des Vereinigten Landtags am 11. Apr. 1847, wie folgt: „Es drängt Mich zu der feierlichen Erklärung: daß es keiner Macht der Erde je gelingen soll, Mich zu bewegen, das natürliche, gerade, bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein konventionelles, konstitutionelles zu wandeln, und daß Ich es nimmermehr zugeben werde, daß sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt, gleichsam als eine zweite Verfassung einbränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen.“ Das sprach der König im Jahre 1847. Das Jahr 1848 kam, und ohne daß es eine „Macht der Erde“ bedurft hätte, wurde die konstitutionelle Monarchie zu Recht angenommen. So viel gilt in der Geschichte ein Königswort!

In derselben Eröffnungsrede bezeichnet der König die Bestrebungen der Bourgeois wie folgt: „Bei aller Anerkennung des ehrenhaften Strebens, die Presse durch einen edlen und gewissen Geist zu heben, ist es doch unzweifelhaft, daß in einem Theile derselben ein finsterner Geist des Verderbens herrscht, ein Geist der Auflockerung zum Umsturz und frechster Lüge, schmachvoll für die deutsche Treue und die preussische Ehre. Ich weiß es, daß der reine Volkssinn fest steht, doch töuschen wir uns darum nicht über die argen Früchte des argen Baumes, die uns unter der Gestalt der Verfassung, des Mißtrauens und schmählicher Einschüchterung vor dem des Liberalismus entgerateten und an der Hand noch schlimmerer Erfahrungen, offenen Ungehorsams, geheimer Verschwörung, erklärten Abfalls von Allem, was guten Menschen heilig ist, versuchten Königsmords.“

Wir schließen. Bierzigjährige Maßregeln haben das Jahr 1848 nicht abwenden können. Die damals einretenden Ereignisse mußten kommen, entweder mit allen Segnungen des Friedens, wenn die Regierungen den Forderungen der Zeit genügt hätten oder — und da sie dies letztere nicht thaten, blieb leider kein anderer Weg übrig — auf dem Wege der gewaltigen Revolution!

Kann es wirklich Menschen, Politiker, Staatsmänner geben, welche kurzfristig genug sind, zu glauben, daß ihre abgenutzten Polizeimittel gegen die kraftvolle, welterschütternde Arbeiterbewegung mehr Erfolg haben werden, als sie gegen die bürgerlich freiheitliche Bewegung vor und mit 1848—49 hatten? Petrogenie Verräther ihr! Der Siegeszug der Arbeiterbewegung, des Sozialismus wird andrehen und ihr werdet keine aufgehende Sonne weder durch Minister- und Pfaffen geschwätz, noch durch Kettenraseln und Waffengeschläge verhindern! Das Einzige, was in Eurer Macht steht, ist die Wahl, auf welche Weise die Umwandlung der alten staatslichen und gesellschaftlichen Ordnung in die neue sich vollziehen soll: ob sie den Charakter einer ruhigen, allmählichen Entwicklung tragen oder ob die soziale Revolution gewaltsam hereinbrechen soll mit wild wehendem Lockenhaar und eiserne Sandalen an den Füßen!

Irland und die Grund- und Bodenfrage.

Birmingham, 24. November. Die Ursache der heutigen Bewegung in Irland ist die Grund- und Bodenfrage. Leider ist dies eine Frage, deren Lösung augenscheinlich außerhalb der Tragweite der gegenwärtigen Agitation liegt, und doch hat durch das Grund- und Boden-Monopol kein Land mehr gelitten als Irland. Die Irländer sind stets als eine besiegte, abhängige und zugleich als eine rebellische Nation behandelt worden, die man nur durch brutale Gewalt im Zaume halten konnte. Nach der Eroberung Irlands ward dessen parlamentarische Unabhängigkeit vernichtet, indem es vollkommen abhängig von der Krone Englands gemacht wurde. Im Jahre 1800 wurde es Großbritannien einverleibt, aber die Vereinigung geschah mittelst verächtlicher Bestechung; die große Masse des Volkes war derselben durchaus nicht geneigt.

Nach der Vernichtung der parlamentarischen Unabhängigkeit Irlands schritt die englische Regierung zu den tyrannischsten Maßregeln, um den Handel und die Industrie des unterworfenen Landes brach zu legen, so daß die Bevölkerung gezwungen ganz allein auf den Ackerbau angewiesen wurde. Seine Mineral-Hilfsquellen durften sich ebenfalls nicht entwickeln, damit das Volk ja desto leichter in armer und entwürdigter Stellung gehalten wurde. Weder vor noch bei oder nach seiner Einverleibung hat England je gerecht oder edel an Irland gehandelt. Im Jahre 1801, während England mit einer Bevölkerung von 10,471,778 Seelen 489 Mitglieder, also 1 Mitglied auf je 21,414 Seelen im Parlamente zählte, hatte Irland mit einer Bevölkerung von 5,393,000 nur 100 Repräsentanten, also 1 Mitglied auf je 53,930. Dieses Mißverhältniß stieg noch durch die Reform-Akte von 1832, wonach in England auf je 27,790, in Irland aber nur auf je 77,880 Köpfe 1 Mitglied kam.

Wollen wir uns auch nur oberflächlich mit der irländischen Grund- und Bodenfrage beschäftigen, so müssen wir um drei Jahrhunderte zurückgehen. So gefnebelt Irland auch schon lange vor der Reformation war, so brachte die Reformation selbst Irland doch ausnahmsweise grausame Gehebe, grausamer als sie in irgend einem Zeitalter oder Lande existirten. Man begann die systematische Ausrottung der ganzen Nation zu unternehmen, so grausam, wie sie die Geschichte nur je aufzuweisen hat. So erzählten uns die Geschichtsschreiber z. B., daß zwischen Smerwicke und Waterford, auf einer Strecke von 120 englischen Meilen, nicht ein einziger Eingeborener, weder Mann noch Frau noch Kind, ungemordet blieb. Das auf diese Weise entvölkerte und sodann von der Krone konfisicirte Land wurde hierauf von der Königin Elisabeth mit englischen Soldaten neu besiedelt, indem jeder sich niederlassende Fußsoldat 120 und jeder Reiter 200 Acker erhielt. James I. zog 6 ganze Grafschaften ein, Charles II. 8 Millionen Acker und William III. nahm 2 Millionen Acker weg und belohnte damit theilweise diejenigen, die ihm bei der Plünderung des Landes geholfen. Es erhielten Mr. W. Wentworth (später Lord Wentworth) 135,000 Acker, Lord Albemarle 108,000 Acker, Lord Rossmore 49,500 Acker, Lord Rosford 39,000 Acker, Lord Galway 38,000 etc. Die Folge dieser Landräuberei ist, daß heute 52 Grundbesitzer je über 5,000 Acker, 135 je über 10,000, 90 je über 20,000, 16 je über 50,000 und 3 je über 100,000—170,000 Acker besitzen.

Es besitzen 292 Personen zusammen 6,500,000 Acker, 744 9,612,000 Acker, 942 Personen aber zwei Drittel ganz Irlands!

Kann es etwas Widernatürlicheres geben, als solch ein System? Braucht man sich da zu wundern, daß das Volk arm ist und heute am Rande des Verhungerns und der Empörung steht? Aber schlimmer noch sieht die Sache aus, wenn man bedenkt, daß die Pächter meistens von abwesenden Grundbesitzern bezogen werden, die das Geld in fremden Ländern verzehren. Die ganzen Pachtgelder Irlands betragen nach parlamentarischen Statistiken im Jahre 1876 13,319,255 Pfund (266,833,100 Mark) von denen wenigstens 9,000,000 Pfund (180 Millionen Mk.) außerhalb der Grenzen Irlands verausgabt wurden. Das Resultat kann unter solchen Umständen nicht zweifelhaft sein. Die Bevölkerung betrug im Jahre 1845 8,296,000, im Jahre 1875 5,297,000, also eine Abnahme von nahezu 3 Millionen Köpfen! Im Jahre 1847 herrschte eine schreckliche Hungersnoth, die die Menschen zu Zehntausenden hinraffte. Die Ursache war aber nicht etwa der Mangel an Nahrungsmitteln überhaupt, sondern der Umstand, daß die Pächter zunächst die Renten zu bezahlen hatten und dann nicht sonst übrig hatten, um das Leben zu fristen. Große Quantitäten Korn und Vieh wurden nach englischen Märkten verschifft, um die Pachtgelder zu bezahlen, während das irische Volk selbst verhungerte. Im Jahre 1849 wurden 50,000 Familien vertrieben, aus ihren Häusern und Hütten gewiesen und die Leptern zerstört. An der Zeit von 1852 bis 1872 wurden mehr als 180,000 Familien ausgewiesen. Lord Lucan, ein

schottischer Edelmann, der 2000 Aker Land in Irland besitzt, wies 200 Familien aus und vernichtete ihre Wohnungen.

Und dieses Zerstoren der Wohnungen und Vertreiben der Ir-lander wird immer noch fortgesetzt. So zählten

Castlebar Union (Bereinigung v. Cottages)	1841	1875	Abnahme
Bevölkerung	58,678	36,823	21,855
Anzahl der Häuser zc.	10,814	6,200	4,614

Gemeinde Louisaberg	1846	1875	
Bevölkerung	2,200	700	1,500
Gemeinde Gurnagushlaw	269	67	202
Gemeinde Kilara	246	16	227
	2,715	783	1,929

In den jüngst veröffentlichten Statistiken finden wir die folgende Abnahme von Pachtungen in den letzten Jahren:

Pachtungen von 5 bis 15 Aker	27,397
" " 16 " 30 "	4,247
	31,644

und Zunahme der Verwandlung von kultivirtem (Ackerbau-) in Wiesen- und Waldboden:

	1855	1875	1875	1875	Abnahme
Getreibeland	2,832,564	1,916,808	1,916,808	915,756	Aker
"	1,916,808	1,831,521	1,831,521	85,288	"
"	1,831,521	1,761,800	1,761,800	69,721	"
Gemüseland	1,317,863	1,296,636	1,296,636	23,227	"
demnach Abnahme d. Ackerbauandes v. 1875—79				92,948	Aker

Damit vergleiche man die offiziellen Polizeistatistiken über die Landarbeiterwohnungen; diese sprechen für sich selbst und bedürfen weiter keines Kommentars.

Anzahl der Mud Cabins*) mit mehr als 1 Zimmer	371,129
Anzahl der in denselben wohnenden Familien	432,774
Ueberszahl der Familien**)	61,645
Anzahl der Mud Cabins mit nur 1 Zimmer	155,675
Anzahl der darin wohnenden Familien	227,379
Ueberszahl der Familien	71,704
Ueberszahl der Familien im Ganzen	133,349

Sämmtliche oder beinahe alle diese Arbeiterwohnungen haben nichts als die bloße Erde zum Fußboden. Und dies ist eine Thatsache im 19. Jahrhundert bei unserer so viel gerühmten Zivilisation, unserem Reichthum und unserer Größe!

Und trotz aller dieser Landräuberei und trotz des Elends und Hungers der großen Masse des Volkes sind die Vorschläge und Maßregeln der Führer der jetzigen irischen Bewegung doch nichts weiter, als ein schwächliches Kompromiß. Die Bewegung hat durchaus nichts Sozialistisches oder Kommunistisches an sich. Man staune — die bis jetzt gestellten Forderungen sind nur: das Aufhören der Pächterausreibungen und die Ermäßigung der Pachten auf den Stand von 1840 und 1846. Außerdem äußert man den Wunsch, die Regierung solle Grund und Boden zu ermäßigtem Preise aufkaufen, an die Bauern wiederverkaufen und den Käufern die Zahlung so weit erleichtern, daß die jährlichen Abschlagszahlungen genau im Verhältniß zu den ermäßigten Pachtgeldern stehen.

Doch ist die Bewegung immerhin eine wichtige, weil sie im weiteren Verlauf wahrscheinlich zu einer Agitation von ernsterem und vorgeschrittenerem Charakter führen wird. Heute steht das irische Volk noch viel zu sehr unter dem Einflusse seiner katholischen Priester, um wirklich revolutionär werden zu können, und dieser priesterliche Einfluß muß erst beseitigt werden, ehe wir ernstlich auf die politische und soziale Erlösung der Ir-lander hoffen dürfen.

Später werde ich noch einmal auf die Grund- und Bodenfrage mit Bezug auf ganz Großbritannien zurückkommen.

Z. Sketchey.

Österreichische Zustände.

Rk. Aus Oesterreich-Ungarn, 26. November. „Halb Noth, halb Schlange ist's“, wie Schiller sagt, etwas Reptil und ein wenig Schafshirn dazu gemischt — möchte ich hinzufügen, um den Homunculus, den man österreichisch-ungarischen Staat nennt, besser zu charakterisiren. Da ist vor Allem Eis-leithanien oder das eigentliche Oesterreich, dem als Kuriosum ersten Ranges bei meiner Beschreibung hiesiger Zustände der Vortritt gebührt. Wer je Gelegenheit gehabt, das innere Ge-triebe dieser jämmerlich zusammengelötheten Staatsmaschine zu beobachten, kann sich eines Gefühls des Ekels und der Verach-tung nicht erwehren. Die Bourgeoisie will gleich den Fröschen in Lafontaine's Fabel den Storch, d. h. den Preußen zum Oberhaupt. Die Arbeiterklasse ist ganz apathisch und das Beamten-thum so wie die Presse trinkgelbfüchtig; das Habsburgerthum aber ist unmännlich und eunuchenhaft und läßt aus lauter Furcht vor dem Gespenst der Revolution dem Schnapsbrenner von Parzin die Hände. „Hier in Wien — sagte mir eine hoch-gestellte Persönlichkeit, die ich in der Hofburg sprach — regiert niemand Anderer als der Vorkaiser Preußens. Das Reichs-kanzleramt in Berlin braucht nur zu befehlen, und die hiesigen Behörden erfüllen pflichtgetreu Alles, besonders wenn es sich um eine kleine Demagogenjagd handelt.“

Sie haben kaum einen Begriff davon, welcher Polizeiapparat bloß zur Ueberwachung einer einzigen mißliebigen Persönlichkeit angewendet wird. Ein einziges Beispiel: Als Genosse Sigmund Polihor sich noch in Wien aufhielt, überwachten vier Detektives allein das Haus jenes Arztes, bei dem sich unser kranker Genosse immer Rath's erholte! Daß unter solchen Umständen zur Ueber-wachung der Spitzbuben keine Mannschaft mehr übrig bleibt, braucht nicht erst gesagt zu werden. Unter dem Polizeiregime des „Ritter“ von Marx erfreut sich die Spitzbubenwelt Wiens, und nicht die Wiener Bevölkerung, der größtmöglichen Sicher-

heit. Es ist das eine noch von der seligen Bachperiode über-kommene Ueberlieferung, welche von dem ehemaligen Gynna-sialen Henkersknecht Marx bisher getreulich eingehalten worden ist. Man findet, Dank diesem Systeme, in Wien eine Unmasse von zweifelhaften Existenzen, die sich ziemlich ungenirt herumtreiben. Freilich kann man ja einem Revolverjournalisten, Louis, Kau-tionschwindler zc. zc. manches nachsehen, da jeder dieser Leute einen recht brauchbaren Spitzel abgibt. Zudem sei noch bemerkt, daß nicht wenige Wiener Polizisten von den Dieben und Ein-brüchern einen Prozentantheil des „Massematen“ Betrages als Schweigegeld beziehen! Treibt ein solcher Polizist es zu arg, nun, dann kommt etwa ein Prozeß à la Ciesant-Friedmann; aber meistens werden schmutzige Affären, von denen die Vor-gesetzten wissen, vertuscht. Bei der Polizei hält nämlich „Einer den Andern in der Hand“, mit andern Worten: schul-beladen fählt sich ein Jeder, und daher die Praxis des gegen-seitigen Durchdiebinger-Sehens. Wie man sieht, ist demnach die österreichische Polizei nichts Anderes als eine Art Mafia, eine Verbindung, deren Mitglieder sich gegenseitig die strafflose Aus-übung von Verbrechen zusichern. Soll man sich dann noch wun-dern, wenn eine solche Polizeimafia mit verdoppeltem Eifer sich auf jene Partei wirft, deren Losung „fort mit allen Dieben“ lautet?

Die erbärmlichste Rolle, die es nur geben kann, spielt aber der österreichische Krüppelstaat, dieser mit Ach und Krach zu-sammengesetzte Völkermosaikhaufen, der nur armen Handwerker-burschen oder Sozialisten die Bühne zu zeigen versteht, nach auswärts. Er läßt seinen Konsul in Widdin durch die Russen prügeln und läßt dabei den russischen Knutenhelden ehr-furchtsvoll die Hände, gibt sich zum speichelleckerischen Bedienten der russischen und deutschen Polizei her. Russische Polizisten richten sich hier in Oesterreich häuslich ein und begehen mit einer bodenlosen Frechheit Missethaten gegen die persönliche Freiheit. Daher kommt es, daß man in Oesterreich nur Russe zu sein braucht, um als Nihilist zusammengepackt und dingfest gemacht zu werden. Russen, die sich in Oesterreich aufhalten und daselbst gar kein anderes Verbrechen begehen, als höchstens, dem Väter-chen an der Rewa nicht grün zu sein, werden par ordre du multi in den Kottel gesteckt, wenn dabei auch — wie beim Kra-fauer Sozialistenprozeß — schließlich gar nichts herauskommt. Erst vor einigen Tagen wurden von den in Krakau inhaftirten Ge-nossen sechs auf freien Fuß gestellt, nachdem sie monatelang Kerker, Mißhandlungen und Erpressungen zu erdulden gehabt. Bei dieser Gelegenheit sei auch einer Thatsache erwähnt, über die bisher Still-schweigen beobachtet werden mußte. Bekanntlich wurde die erste Nummer der weiland in Wien erscheinenden „Freiheit“ konfisziert. Die Ursache der Konfiskation stand im Zusammen-hange mit der Affäre der Krakauer Sozialisten und wirft ein charakteristisches Licht auf die österreichische Knuten- und Büttel-herrschaft. Die „Freiheit“ brachte nämlich gleich in ihrer ersten Nummer Enthüllungen über die Vorgänge in den Krakauer Gefängnissen und erzählte, daß man, um den gefangenen Sozialisten Geständnisse zu erpressen, die körperliche Tortur anwende! Statt nun diese Thatsache zu dementiren oder gegen das Blatt einen Veräußerungsprozeß an-zustrengen, suchte man durch Konfiskation die oben gemachte Enthüllung zu vertuschen. Wir wissen freilich um diese Ange-legenheit, aber das große Publikum nicht. Letzteres weiß des-halb auch nicht, was es von den vor einer Woche in den Blättern mitgetheilten Telegrammen halten solle, welche meldeten, daß die gefangenen Sozialisten drei Tage lang jede Annahme von Nahrung verweigerten. Einer von ihnen hatte schon früher, durch die barbarische Behandlungsweise der Schergen zur Ver-zweiflung gebracht, seinem Leben durch den freiwilligen Hungertod ein Ende gemacht.

Ist es bei solchen Zuständen ein Wunder, wenn sich in ein-zelnen Theilen des Reiches Losreißungsbestrebungen geltend ma-chen? — Das war von jeher Oesterreich's Verhängniß, daß es seine verschiedenen durch Heirathen zugewinkelten Länder durch seine bornirt-brutale Wirtschaft sich entfremdet. Da ist z. B. die Irredentisten-Bewegung zu erwähnen, welche unsere Herrscher in Angst und Schrecken versetzt. Das schlechte Gewissen des De-potismus läßt sie in Angst und Schrecken gerathen, so oft zwei oder drei Gymnasialschüler in Triest Knallerbten weisen.

Auch in Unsoarn gewinnen die Losreißungsbestrebungen immer mehr Terrain. Tija, der an Servilität gegenüber der Hofpartei und Bismarck noch nie Dagewesenes geleistet, wird bald seine Rolle ausgespielt haben. Der mit günstigem Erfolge für unsere Gesinnungsgenossen durchgeführte Prozeß gegen Kuföldi und Horba (Redakteure der „Nepfada“) war die erste Niederlage, die sich Tija holte. Die Abstimmung in der böhmischen Frage bedeutet gleichfalls eine Niederlage. Ob es besser für uns wird, wenn Tija geht, können wir nicht gerade behaupten; schlechter kann es aber schon nicht mehr werden. Noch sind wir darauf neu-gierig, wie Tija seine ungeschicklichen Maßregeln gegen die So-zialisten verteidigen werde. Es wurde nämlich von einem Ab-geordneten der äußersten Linken bezüglich dieser Angelegenheit jüngst eine Interpellation im Reichstage eingebracht.

Eine erfreuliche Thatsache ist endlich aus unsern Ar-beiterkreisen zu verzeichnen. Es werden in neuerer Zeit seitens eines Komite's Versuche gemacht, die Gegensätze, welche im hie-sigen sozialistischen Lager herrschen, auszugleichen. Möge diesen Bestrebungen der Erfolg nicht ausbleiben, denn eine einheitlich geleitete Arbeiterpartei könnte unter den jetzigen Verhältnissen er-staunlich viel leisten. Bei uns hat eben Tija den Boden zur sozialistischen Saat recht wacker gepflügt; schade nur, daß die Arbeiterpartei bisher so wenig gethan um dieß gehörig auszu-nützen. Vieles ließe sich hierüber sagen, doch will ich mir dies, sowie die Besprechung der ungarischen Parteiverhältnisse, auf spä-ter vorbehalten.

Sozialpolitische Rundschau.

— Der deutsche Reichstag hat die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes auf ein weiteres Jahr genehmigt. Moti-virt wurde der von der preussischen Regierung gestellte Antrag durch Graf Eulenburg damit, „daß die Organisation der sozialdemokratischen Partei unverändert fortbe-stehe und daß demnach die Rückkehr der ausgewiesenen Führer lediglich den früheren Zustand wiederherstellen würde.“

Einen weitem Grund für die verfügte unerhörte, eine ganze Reihe verfassungsmäßiger Rechte hinweg aufhebende Maßregel wußte der Minister auch vor dem Landtag (dessen Verhandlungs-bericht uns im letzten Hefen abdruck vor Schluß des Blattes zugeht) nicht anzuführen. Das Einzige, was er seiner „Begründung“ vor dem Bundesrath Neues hinzusetzte, war, daß er mit einer Einsicht, die in solchen Dingen bei der Regierung höchst selten ist, sich wegen der Zeugenschaft für seine Behauptung von der ungeschwächten Fortexistenz der deutschen Sozialdemokratie an die kompetenteste Stelle wandte — nämlich an den „Sozialdemokrat“, von dem er meinte, daß er als offizielles Organ der deutschen Sozialdemokratie „angesehen werden kann.“ In Nr. 4 dieses Blattes befindet sich ein Berliner Bericht, welcher hervorhebt, daß die bisherigen Maßregeln keinerlei Einfluß auf die sozialistische Bewegung gehabt hätten zc. Dies müsse auch er zugeben: die Wirkung der ergriffenen Maßregeln sei eine sehr problema-tische. Allein eben so sicher sei, daß ohne dieselben die Zustände noch viel schlimmer sein würden; auf jeden Fall habe man ein Jahr lang Ruhe vor den Sozialdemokraten gehabt, habe ihren wüsten Lärm und ihre Verhöhnung von Recht und Gesetz nicht gehört, was allein schon viel werth sei. — Man sieht, wie bescheiden die Leute, welche die Sozialdemokratie ehemals mit Haut und Haaren verpönten, in ihren Wünschen schon geworden sind. Sie werden sich mit der Zeit schon noch mehr einzu-schränken lernen müssen.

— Der Nothstand, nicht der chronische, welcher die weitesten Volkstheile Deutschlands schon seit Jahren heimsucht und aus manchen Gegenden nie verschwindet, sondern der akute, welcher direkt an der Schwelle des nackten Hungertodes steht und bereits dessen erste Form ist, breitet sich — die ebenso unerschämte als gewissenlose Behauptung der Regierung von der „zunehmenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage“ durch die schreckliche Wirklichkeit Bögen strafend — mit furchtbarer Schnellig-keit über immer weitere Gebiete Deutschlands aus. Von Ober-schlesien, Thüringen, Braunschweig und dem säch-sischen Erzgebirge haben wir bereits berichtet; in letzterem ist (in Ralsen St. Jakob) bereits ein Hungertyphusfall vorgekommen. Zu diesen bisherigen Nothstandsbezirken ist nun ein neuer getreten: die bairische Rhön. Umweit des Ortes Frankenheim, wo vor einigen Jahren der Hungertyphus ausbrach, in dem Dorf Rüdenschwanden, herrscht eine Typhus-Epidemie, welche an Ausdehnung den stärksten Epidemien nahekommt; von den 200 Einwohnern des Ortes sind 68 erkrankt. Die Krank-heit wurde lediglich durch die unbeschreibliche Noth, welche in der Rhön herrscht, hervorgerufen. Schlechte Nahrung, ungenü-gende Kleidung, enge Zusammenwohnen in den dürftigsten Hütten — oft Kranke und Gesunde auf einem Lager — sind typisch in den Dörfern am Abhang der Rhön. Dies Jahr aber mangelt in Folge der schlechten Kartoffel- und Getreidernte, sowie des gänzlichen Darniederliegens der den Haupterwerbs-zweig bildenden Hausindustrie, selbst das Allernothigste. Der Staat aber treibt, von solchem Elend ungerührt, die erdrückenden Steuern rückwärtslos ein, und wenn der Pflichtige den unent-behrlichsten Hausrath oder das letzte Stück Brod dafür hin-geben muß.

Die eingehendsten und traurigsten Nachrichten über den Noth-stand liegen indeß aus Oberschlesien vor. Die ganze Höhe des in dieser Gegend herrschenden Elends kann man erst dann ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie dort stets eine Dürftigkeit des Lebens, eine Anpruchslosigkeit existirt, von der man in den meisten Gegenden Deutschlands kaum eine Ahnung hat. Nach den gewiß unverdächtigen Berechnungen der Profes-soren v. d. Holtz und Richter-Tharand stellt sich der Tagelohn in der Provinz Sachsen durchschnittlich auf 15 1/2 Pfund Roggenwerth; in der Provinz Schlesien durchschnittlich auf 10 1/2 Pfd. Roggen-werth, speziell im Regierungsbezirk Oppeln aber nur auf 8 1/2 Pfd. Roggenwerth und auf dem rechten Oderufer desselben kaum halb so hoch wie in der Provinz Sachsen! Die Vorgänge auf den fiskalischen Kohlengruben in Zabrze, (welche heute noch der ver-spöthenen Aufklärung harren) brachten dazu die Verläge, und sie beweisen weiter, daß auch die hochentwickelte Industrie keine höheren Löhne zahlt. Unter solchen Umständen genügt selbst-verständlich schon die kleinste Steigerung der Lebensmittelpreise (ohne gleichzeitige Arbeitsverdiensterhöhung), um einen Nothstand zu erzeugen. Daß eine solche, und zwar ganz bedeutende Preis-steigerung der unentbehrlichsten Lebensmittel infolge der schlechten Ernte und der Votirung der Kornzölle eingetreten ist, weiß man bereits. Der Arbeitsverdienst aber hat sich, statt zugleich zu steigen, eher noch verschlechtert. Nach Erhebungen der ober-schlesischen Ortsvereine betragen die Schichtlöhne der besser be-zahlten Industrie 1 bis höchstens 2 Mark, der höchste Tagelohn aber M. 1,40; mithin sind die Löhne um ein volles Drittel niedriger als z. B. im Saarbezirk. Und trotzdem fehlt es selbst für diese Hungerlöhne noch an genügender Arbeit! Die Noth ist in einigen Gegenden bereits auf einem erschrecklichen Grad angekommen. „Daß die wartenden Mütter, die tagelang nichts zu essen haben, weil der Mann nichts zu erwerben vermag, ihre Säuglinge nicht mehr nähren können, so daß Eines oder das Andere stirbt, wird man gar nicht glauben wollen — so schreibt ein Geistlicher an die „Schles. Ztg.“ Und doch, während ich schreibe, präsentirt sich eben eine solche Mutter, die das Begräb-niß ihres Kindes anmeldet und bitterlich vor mir weint. Ach, wie viele Schulkinder gehen barfuß, halbnackt, in winterlichem Frostwetter nüchtern in die Schule, um die Eitern vor den Schul-strafen zu bewahren! Wir befinden uns also in wirklich bitterer Noth!“

Diese bis auf's Aeußerste zu steigern, bleibt nur mehr der Hungertyphus übrig, der in Rhön bereits seinen Ein-zug gehalten hat und wohl bald zahlreiche Opfer fordern wird. Bei der Mangelhaftigkeit der „Milch“ der Regierung, welche den Nothstand dadurch zu beseitigen gedenkt, daß sie durch die hungernden, frierenden und schwachen Nothleidenden für einen Tagelohn von je 60—70 Pfd. einige Straußen bauen läßt, ist das Schlimmste, nämlich eine Hungertyphusepidemie ähnlich der des Jahres 1847 zu befürchten. Ist das nicht eine her-rliche „Ordnung“, in welcher für Tausende von fleißigen Arbeitern, Erzeugern der gesellschaftlichen Genußmittel, nicht einmal die arm-seligsten zur Erhaltung des Lebens nöthigen Existenzmittel übrig bleiben, in welcher das arbeitende Volk massenweise schnell oder langsam verhungert und in unbeschreiblichem Elend verkommt,

*) Anmerkung des Uebersetzers: Mud Cabins sind aus Chauffee- und Strohbündel und Steinen gebaute Wohnungen, mehr Höhlen als Hütten, die meistens nicht einmal Fenster besitzen. Zimmer kann man hier natür-lich auch nicht im deutschen Sinne auffassen; Raum ist der richtigere Aus-druck. Rudolf Bleibtreu.

**) D. h. die Anzahl der Familien, welche selbst nach den polizeilichen, sehr bescheidenen Begriffen von Wohlthätigkeit über die höchzulässige Zahl an Bewohnern in diesen Höhlen des Elends hausen. D. Red.

während seine Bedrücker und Ausbeuter die Früchte seines Fleißes und Schweißes üppiger denn je verschwenden und verschwelgen?!

— **Klassenjustiz.** Anfangs Oktober wurde bei Oniamkomo im Thonkreis von einem rohen, übermüthigen Arbeitgeber, dem Pfarrgutsbesitzer Frevert zu Sr. Murzyno, an einem „seiner“ Arbeiter kalten Blutes ein Mord verübt, indem Frevert einen Landarbeiter, der eben seinen Dienst verließ und mit welchem er wegen widerrechtlicher Zurückhaltung einer demselben gehörigen Kuh in Streit kam, „wie einen tollen Hund“ niedererschoss. Als wir damals (in unserer Nr. 3) über diese empörende Gewaltthat zuerst berichteten und konstatierten, daß der Mörder länger als eine Woche nach der That von der sonst so schnell zugreifenden Polizei noch nicht verhaftet worden sei — da knüpften wir an unsern Bericht die bittere Bemerkung: daß der Nordhube von Arbeitgeber vermutlich zu guter Letzt von seinen Bourgeoiskollegen von Geschworenen auch noch freigesprochen werde. Diese „gehäßige, aufreizende“ Bemerkung hat natürlich die Bourgeoispresse schnell in gewaltige „Entrüstung“ gebracht, welche sie der Schandthat des Märders gegenüber nicht hatte finden können (ist doch der Mord in dem weitaus größten Theile der deutschen Presse todgeschwiegen worden!). Ja sogar verschiedene Partiegenossen sind damit unzufrieden gewesen, weil sie glaubten, daß es unecht sei, dem Geschworenengericht eine solch eklatante Ungerechtigkeit, eine solche nimmer erhörte Injustiz zuzutrauen. Man hielt angeichts der Unangreifbarkeit des Schuldbeweises die exemplarische Verurtheilung des feigen Mörders für undiskutierbar.

Und nun das Resultat der dieser Tage stattgefundenen Schwurgerichtsverhandlung? Der mörderische Arbeitgeber ist vollkommen freigesprochen worden!! Wie man sieht, ganz wie wir, durch früherere Ereignisse ähnlicher Art über das Wesen unser heutiger Justiz belehrt, es vermuthet hatten. Natürlich, wie kann sich auch der Arme, der Lohnsklave unterstehen, dem Reichen, dem „Herrn“ gegenüber sein Recht behaupten und sich gegen seine patriarchalische Gewalt auflehnen zu wollen? Das, was unserer zuchtlosen Zeit vor Allem Noth thut, ist die Stärkung des Autoritätsfinns und deshalb der Gewalt des Staates, der Kirche und des Arbeitgebers und Dienstherrn. Der Arbeitgeber darf deshalb nicht Unrecht bekommen, vielmehr muß dem Knecht gezeigt werden, daß er von Rechtswegen in der Gewalt seines Herrn steht und ihm unbedingten Gehorsam zu leisten hat — ohne Murren noch Deuten und Rechthaberei. Und wenn er seinen Nacken nicht willig beugt, nun, so muß er ihm eben gebrochen, wenn er sein Lebenslichtlein nicht bescheiden niederschraubt, so muß es ihm ganz ausgeblasen werden! Gibt es doch von diesem Arbeiterpack ohnehin mehr als genug. Wofür wäre denn sonst der Arbeitgeber Herr, als daß er Recht bekommt, und wofür unterhielte denn die herrschende Klasse ihre „Justiz“, als daß sie in der herrschenden Klasse Sinn und Interesse wirkt?!

— Die Börse ist bekanntlich gleich den ihrer Geschäftstätigkeit nahe verwandten gewöhnlicheren, dem Strafgesetz mehr ausgelegten Formen der privaten Enteignung in ihrer Wirksamkeit wesentlich auf Dunkel und Finsterniß angewiesen und sie fürchtet weitaus nichts so sehr, als den Lichtstrahl, der die Geheimnisse ihres Treibens der von ihr ausgeplünderten Welt offenbart. Gleich wie in einem Wienstock der durch die Glascheibe fallende Blick des neugierigen Menschen allgemeinen Summen und Schwärmen hervorruft, worauf die in ihrer lichtschönen Thätigkeit Gefährten schnell die Scheibe zu verschmieren und dadurch ihre Arbeit dem Zubringlichen wieder zu entziehen suchen, — ebenso empfindlich zeigt sich die Börse gegenüber jedem Versuch, ihre Thätigkeit zu untersuchen, zu analysiren und zu kontrolliren. Ein solches Gesumme, einen allgemeinen Aufruhr in dem Börsenstock brachte eine Bemerkung hervor, welche der preussische Minister Wapbach im Laufe der jüngsten Eisenbahndebatte machte, und in welcher derselbe — offenbar durch den sozialistischen Zug der Verstaatlichungsvorlage mitgerissen — die Börse einen „Giftbaum“ nannte, „der über das Leben des Volkes seinen verdorbenen Schatten werfe und dem die Wurzeln zu beschneiden und seine Aeste zu nehmen, ein verdienstliches Werk sei.“ Eine solche Sprache hatte die Börse von „Oben“, wo sie immer der lebenswürdigsten Protection und Kooperation sicher gewesen, noch nicht gehört und ihre Wuth, aber auch ihr Schreck war deshalb nicht gering, weshalb sich die Börstaner eiligst in den Börsenkommissionen, Handelskammern, Kaufmannsältestenkollegien u. dgl. ihren Interessen dienstbaren Körperschaften sammelten und Rath hielten, wie der „Annahmung“ des Ministers wirksam entgegen zu treten und weiterer Schädigung der Börseninteressen vorzubeugen sei.

Eine interessante Information über die Stimmung, die Besorgungen und Hoffnungen in den Börsenkreisen bringt die „Magdeb. Ztg.“, die derlei wissen kann. „Unsere Jobber, die täglich in wilder Lust den „Giftbaum“ umtanzen — schreibt sie — sind, zum ersten Male vielleicht in ihrem Leben, nachdenklich geworden. Es erfaßt sie der Gedanke, plötzlich könnte eine staatliche Kontrolle ihrem bisher unkontrollirten Treiben ein Ende machen oder es auch nur einschränken. Diese Besorgniß an der Börse ist allgemein, denn die Jobberei treibt ihr Wesen nicht etwa bloß an der „Lombarden-Gasse“, sondern sie beherrscht, bis auf einen ehrenwerthen Bruchtheil großer und kleiner Bankiers, die gesammte sogenannte „haupte finance“. In ihr herrscht als allgewaltige Macht das Haus Rothschild, und hierin liegt für die kleinen Macher eine Veruhigung; denn sollte wirklich einmal eine Reinigung der Börse inszenirt werden, käme also der Spekulations-Schwindel in Gefahr, von dem Börsen schlechweg ausgeschlossen zu werden, so hätten das erste Ausweisungsbekret Rothschild und seine Agenten zu gewärtigen. Es ist zwar schon bekannt, muß aber in Erinnerung gebracht werden, wie dieses erste Welthaus an den Börsen operirt. Neulich brachte es in Paris durch einen Beamten des Finanzministeriums Absichten der Regierung in Bezug auf Rentenkonvertirung „in Erfahrung“, und sofort wurden die „uneingeweihten“ Millionen von Renten aufgehäuft. Das Haus Rothschild erfuhr rechtzeitig, daß die Konvertirung nicht vor sich gehen sollte, und so wurde denn die bei stürmischer Hausse abgegebene Rente bei Paris zurückgekauft. Das Geschäftliche brachte ein paar Millionen Francs ein. Das rechtzeitige Verkaufen und Kaufen des Hauses Rothschild spielte eine große Rolle vor der Kriegserklärung Frankreichs und Italiens an Oesterreich und kurz vor dem Frieden von Villafranca.

Die Rothschild's, immer zuerst unterrichtet, verkauften und kauften deshalb immer rechtzeitig. Kurz, sie verschmähten niemals die Manipulationen der ordinärsten Jobberei, sie blieben bis zu dieser Stunde die Spekulanten par excellence. Ihnen haben's erst die kleinen Jobber abgesehen, wie ein „Geschäftliches“ zu machen sei, und käme also in das Treiben an der Börse plötzlich ein Wetter hineingefahren, würde mit den „Machern“ vor und hinter der Koulisse aufgeräumt — unsere sogenannte „haupte finance“ wäre dann zuerst auf die Straße gelebt. Dieß beruhigt die kleinen Existenzen, die sich nicht vorzustellen vermögen, es könnte an die „Großen“ irgend wer sich heranwagen. Das Nachdenken über die möglichen Gefahren wird bald genug wieder dem Gefühl absoluter Sicherheit den Platz räumen.“

Und dies Gefühl „absoluter Sicherheit“ vor der Einschränkung ihres schwindelhaften Treibens, welches der Börse bald wieder zurückkehren wird und zum Theil bereits wieder zurückgekehrt ist, ist vollkommen berechtigt. Mögen auch der Hof, der Adel, das höhere Beamtenhum theilweise eine noch so große Abneigung vor dem gesellschaftlichen Umgang mit den „Juden“ und „Parvenüs“ der Börse haben — im Grunde verbindet sie alle, die ganze herrschende Klasse, doch das gemeinschaftliche Interesse der Beherrschung und Ausbeutung des Volkes diesen gegenüber allzu fest mit einander, als daß sie sich in ihren speziellen Ausbeutungszweigen gegenseitig auf die Dauer entgegenarbeiten könnten. Warum auch gerade die Börse allein zum Sündenbock machen, da dieselbe doch nur eine Form der kapitalistischen „Theilerei“ und Räuberei ist, die überdies das nothwendige Produkt der kapitalistischen Wirtschaft ist und nur mit derselben fallen kann und fallen wird! Ueberdies wissen auch die „Angestammten“, die Aristokraten und Regierungsmänner die Vortheile der Börse und des Zusammenwirkens mit ihr recht wohl zu schätzen und zu berechnen und kennen viel zu gut, welche süße Früchte der „Giftbaum“ für den mit ihrer Gewinnung Vertrauten liefert, als daß sie ihn ernstlich schädigen möchten. Und dann darf auch die Macht der Börsenpotentaten nicht vergessen werden. Die „Magd. Ztg.“ hat ganz recht, daß sich „an die „Großen“ Niemand heranwagen wird“!

Man braucht deshalb das hochtrabende Wort des Herrn Wapbach nicht allzu ernst zu nehmen; es war kein Bruststich. Und daß man sich in unserer humanen Zeit jetzt nicht mehr damit begnügt, die kleinen Diebe zu hängen, sondern sie auch noch martern, prügeln und rädern will, hindert durchaus nicht, daß das Stehlen und Rauben der Großen nach wie vor straflos bleibt, sondern auch zu Ansehen, Ehren und Würden bringt!

— In den sächsischen Landtag, in welchem sonst die rührendste Harmonie zwischen der vortrefflichen Regierung und den edlen „Volksvertretern“ und die musterhafteste Ruhe und Gleichmüthigkeit herrschte, welche höchstens durch eine wichtige Posten-Debatte gestört wurde, — in dieses Haus des Friedens ist durch den Eintritt der drei sozialdemokratischen Abgeordneten eine arge Unruhe und tiefgehende Bewegung gekommen, dergleichen dortselbst seit den Bewegungsjahren 48—49 nicht mehr erlebt worden ist.

Nachdem die Genossen Liebknecht und Freytag schon einige Tage vorher in der Debatte über das Landarmenwesen gesprochen hatten, um darzulegen, wie durch das von den sächsischen Behörden besonders infam ausgelegte Unterstützungswohnsitzgesetz die einst vielgerühmte „Freizügigkeit“ großentheils gänzlich illusorisch gemacht werde, und für den Uebergang der von den Gemeinden elend gehandhabten Armenpflege an den Staat zu plaidiren, — ergriff Liebknecht am 27. v. Mts. in der Besprechung einer Interpellation des Abg. Stephani wegen der eingetretenen theilweisen Unterstützungsunfähigkeit verschiedener bei den sächsischen Staatsbergwerken bestehenden Knappschichtklassen das Wort, um die Regierung wegen der kopflösen und arbeiterfeindlichen Art der Verwaltung der Knappschichtklassen und der raffiniert ausbeuterischen Verwaltung der Staatsbergwerke überhaupt heftig anzugreifen. Es liegt uns leider weder ein eigener Bericht, noch der Wortlaut der betreffenden Verhandlung vor und wir müssen uns daher angeichts der gänzlichen Unzuverlässigkeit der läugerischen und gehässigen Berichte der Bourgeoispresse einerseits und der Voraussetzlichkeit, daß wir bis zur nächsten Nummer einen eigenen Bericht aus Dresden erhalten, andererseits, vorläufig auf einen Notiz der unparteiischen „Dresdner Abendzeitung“ beschränken.

Demnach mußte die Regierung in ihrer Verantwortung der Interpellation die Thatfache, daß die Knappschichtklassen ihren Verpflichtungen gegen die unterstützungsbedürftigen Witwen nicht nachkommen und die Invalidenpensionen auf die Hälfte des Versprochenen herabsetzen, vollkommen zugestehen. Sie suchte dieses skandalöse Vorgehen aber dadurch zu entschuldigen, daß sie behauptete, der Grund der enormen Vermehrung der Invaliden liege darin, daß jetzt die Zeit gekommen sei, in welcher die seit Begründung der Klassen denselben angehörigen Mitglieder invalid werden; dieser Umstand aber sei bei Berechnung der Höhe der Pensionen nicht beachtet worden! — Hierauf erklärte Liebknecht, daß der Grund der Mehrung der Invaliden ein ganz anderer, nämlich der vernunftwidrige, Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdende gewinnasüchtige Betrieb der Staatsbergwerke und die mangelnde strenge Aufsicht über die Privatbergwerke sei, und gab hierauf eine sachkundige Charakteristik der Klassen und Arbeitsverhältnisse der Bergleute, indem er die Ausbeuterwirtschaft des sächsischen Bergwerksbetriebes einer vernichtenden Kritik unterzog. Die Antwort der hierauf sprechenden Redner aller Parteien waren in Ermangelung von Gegenständen währende Angriffe auf die Sozialdemokratie. Dieselben wurden inoffen von Liebknecht, welcher noch zwei Mal das Wort ergriff, in einer Weise abgelehrt, welche nicht nur in der Kammer selbst, sondern auch auf den Tribünen u. dgl. solche Sensation erregte, daß z. B. viele Mitglieder der ersten Kammer bestürzt herübergeeilten, um dem Redekampfe beizuwohnen. Die Herren werden sich an solche „unwürdige Szenen“ wohl oder übel noch gewöhnen müssen!

— Der deutsche Liberalismus hat wieder einmal einen vollgültigen Beweis seiner politischen Ehrlosigkeit und Niedertracht gegeben. In der zur Vorbereitung der Magdeburger Reichstagswahl am 25. v. Mts. in Magdeburg stattgehabten Versammlung „liberaler Wähler“ erschien

auch der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Bierd, und meldete sich sofort, nachdem der Kandidat der Fortschrittspartei seine Kandidatenrede beendet hatte, zum Wort. Der „liberale“ Vorsitzende ertheilte ihm daselbe indessen nicht, indem er erklärte, daß es sich lediglich um „eine häusliche Angelegenheit“ handle, und daß deshalb der in Leipzig wohnende Bierd nicht zum Sprechen berechtigt sei! Selbstverständlich riß den zahlreich anwesenden Sozialdemokraten ob solcher Injustiz die Geduld und sie protestirten energisch gegen diese feige Mundtodtmachung des Gegners durch die angeblich für das „freie Wort“ schwärmenden „Liberale“, die sich dadurch zu Helfershelfern der Polizei machten. Alle Vorstellungen gegen die Schamlosigkeit dieses von den tapfern Liberalen natürlich schon vorher gefaßten Beschlusses, die Sozialdemokraten um keinen Preis zum Wort zu lassen, führten zu keinem Resultat, vielmehr benahgte der Vorsitzende die Aeußerung der Empörung seitens der Versammlung dazu, um „wegen des eingetretenen Tumultes“ die Versammlung für geschlossen zu erklären und den Saal mit Beihilfe der Polizei schnell räumen zu lassen, was indessen nicht so schnell geschehen konnte, daß nicht vorher noch von der Mehrzahl der Versammlung der Sozialdemokratie und ihrem Kandidaten donnernde Hochs ausgebracht werden konnten. Unsere Genossen werden natürlich auch in künftigen Versammlungen nicht dulden, daß die Bourgeoisparteien das Recht der Meinungsäußerung nur für sich allein üben und unter dem Schutz des Ausnahmegesetzes im Trüben fischen. Wenn die Magdeburger Ordnungsleute aller Sorten demnach etwa gehofft haben, die gefürchtete Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz los geworden zu sein, so sind sie eben so klüch enttäuscht worden, wie früher ihre Gefinnungsgenossen in Breslau, Erfurt, Sachsen u. dgl. Die Sozialdemokratie zeigt eben, wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet, daß sie noch eben so zahlreich, gut organisiert und schlagfertig ist, wie sie es vor dem Ausnahmegesetz war. Das Resultat der Magdeburger Wahl wird es wohl noch weiter beweisen.

— Ein wahreres Bild unserer gerühmten modernen „Zivilisation“, als Väter voll begeisterter Lobeshymnen, gibt eine trodene Zahlenzusammenstellung, welche der belgische Akademiker Leon Donnat veröffentlicht hat und welche wir dem L'Etat de Californie entnehmen. Die statistische Aufstellung enthält eine Vergleichung der Geldauswendungen, welche die größten Staaten einerseits für den Volksunterricht und andererseits für Militärzwecke machen. Demnach gaben aus pro Kopf der Bevölkerung:

	für die Volksschule	für den Krieg
Nordamerika	Dollars 2, 18	Dollars 1, 50
Preußen	55	2, 48
Sachsen	75	2, 48
Bayern	57	2, 48
Württemberg	40	2, 48
Oesterreich	37	1, 50
Belgien	52	1, 52
Dänemark	1, 05	1, 96
Frankreich	31	4, 86
Italien	15	1, 70
Niederlande	72	4, 01
England und Wales	71	4, 18
Schottland	72	4, 18
Rußland	3	2, 82
Schweiz	95	1, 08

Es wird demnach — von den einzelnen Ländern, unter welchen Deutschland gleichfalls eine traurige Rolle spielt, ganz abgesehen — im Durchschnitt für Zwecke des systematischen Massenmordes mehr als das Vierfache von dem ausgegeben, was für die Bildung des Volkes, für die Vervollkommnung des Menschen, für die wahre Zivilisation aufgewendet wird!

— Die portugiesischen Sozialisten haben sich bei den im Oktober stattgehabten allgemeinen Wahlen zum ersten Mal theilhaftig und 6 Kandidaten, 3 in Porto und 3 in Lissabon, aufgestellt. Indessen haben sie nur geringe Erfolge erzielt, da die Macht der Regierung gegenwärtig übermächtiger als je ist und letztere außerdem vor keinem Mittel zur Verstärkung ihrer Stimmenzahl und Einschüchterung ihrer Gegner zurückschreckt. „Der Samum, der Stuhwind der Korruption, welchem unser Land wechroser als andere preisgegeben ist — schreibt unser portugiesisches Parteiorgan „O Protesto“ — hat sein Werk gethan und Alles verwüstet. Wein, Geld und Versprechungen, das waren die vornehmsten Wahlagenten. Und so hat das „frei besetzte“ Land die Volkvertreter gewählt, welche der Versicherung der Thronrede zufolge das Land regeneriren sollen! In der herrschenden politischen Atmosphäre ist alles vom Brand ergriffen. Trotz unserer Niederlage aber herrscht in unseren Reihen keine Mutlosigkeit. Haben wir heute nur 130 Stimmen, so wissen wir, daß wir morgen mehr haben werden und daß uns die Zukunft gehört.“

Daß die feigreiche Regierungspartei unsere portugiesischen Genossen wegen ihrer Wahlniederlage verspottet, darüber ist nichts zu sagen; die Herren am Tajo werden das Lachen dereinst noch eben so gut verlieren, als ihre Standesgenossen an anderen Orten. Aber auch arbeiterfreundliche Blätter, wie die „Revista social“ von Barcelona, halten die Theilnahme an der Wahl für verfehlt, weil das voraussichtliche Resultat ein zu unbedeutendes gewesen. Wir sind nicht hinreichend informiert, welche Bedeutung die auf die sozialistischen Kandidaten gefallene Stimmenzahl hat, da ja hierbei der Wahlmodus von entscheidendem Einfluß ist. So viel wir jedoch wissen, ist das portugiesische Wahlsystem durch Klassenwahl und hohen Jenus für die Arbeiter überaus ungünstig und wäre alsdann das Häuflein sozialistischer Stimmen durchaus nicht so unbedeutend. Auf alle Fälle aber sind durch die Wahltheilnahme zwei Vortheile gewonnen: Erstlich ist durch den Eintritt der Sozialisten in die parlamentarische Bewegung vor dem ganzen portugiesischen Volk offen das Banner des Sozialismus aufgezogen und dadurch weiten Schichten erst dessen Existenz gezeigt worden. Sodann aber konnten die portugiesischen Genossen im Wahlkampf ihre Kräfte messen; die richtige Erkenntniß ihrer Kräfte aber ist für eine politische Partei das Grundbedürfniß jeglicher existenziellen Thätigkeit, und ist das Bedauern über die Theilnahme an einer Wahl wegen schlech-

ten Resultates um so thörichter, als die Ueberschätzung der eigenen Kräfte gefährlicher als deren Unterschätzung ist.

Vor Allem aber sind wir über die Verheiligung der portugiesischen Genossen an den Wahlen auch deswegen befriedigt, weil diese Genossen dadurch bewiesen haben, daß sie politisch den rechten Weg erkannt haben, den in der neueren Arbeiterbewegung zuerst und mit so großen Erfolgen die deutsche Sozialdemokratie einschlug und auf dem ihr nach anfänglichem heftigen Widerspruch und zahllosen Anfeindungen allmählig die aufgestärkten Arbeiter der meisten Länder gefolgt sind; und weil durch ihre Wahltheiligung auch Neue die Zahl politischer Kinder vermehrt hat, welche der Welt wunder wie sehr zu imponiren und sie zu erschüttern glauben, indem sie sich in die Schmollecke stellen und „nicht mitthun“!

Dieser Sozialismus ist wirklich eine verteuert gefährliche Seuche, viel schlimmer noch als die Pest von Wetzlar; denn während sich diese durch Absperrung und Abspaltung der Seuchenheerde durch Feuer und Tod unterdrücken ließ, hat sich gegen jenen bisher noch gar kein Mittel probat erwiesen und kein Land, keine Zone und — in den Augen der Herrschenden sicher das Allermerkwürdigste — auch kein Staat ist sicher vor ihm. Die Arbeiter, die ohnehin nur ein notwendiges Uebel für die armen Reichen sind, bleiben natürlich von vorneherein außer Frage — von dieser „rohen, unzufriedenen, meuterischen Masse“ ist ja ohnehin nichts Gutes zu erwarten. Aber der „verbrecherische Wahnsinn“ hat auch schon eine Menge Angehörige der herrschenden Klasse selbst ergriffen. Bourgeois, Fabrikanten, Gelehrte, ja sogar Erben altersmüthiger Stammbäume finden sich in den Reihen der sozialistischen Armee und daß die ultima ratio regium, das Heer, nicht mehr intakt ist, ist schon eine alte Geschichte. Erst jüngst ist in Amerika ein Mann gestorben, der beiden letzteren Ständen zugleich angehörte und trotzdem sein Leben der Sache des arbeitenden Volkes gewidmet hat: wir meinen H. von Ende, den Sohn des früheren heftigen Kriegsministers. Die amerikanischen Genossen haben ihm in zahlreichen Gedächtnisversammlungen das rühmende Zeugnis gegeben, daß er der hingebendsten Genossen Einer gewesen.

Das einzige der sozialistischen Miniarbeiter ganz unzugängliche Bollwerk der alten Ordnung und Zucht war bisher noch die hochwürdige Geistlichkeit. Aber — schrecklich zu sagen! — auch in ihren heiligen Körper hat nun der böse Feind sein treffendes Gift geräuselt, und schon zeigen sich hier und dort deutlich die Verwüstungen. In der Schweiz munkelt man schon seit einiger Zeit von verschiedenen sozialistischen Platherrn. In den ehemals so glaubensstarken Niederlanden ereignete sich jüngst das schreckliche Schauspiel, daß ein hervorragender protestantischer Prediger, Dom. la Nieuwenhuis, aus der Kirche austrat, um sich ganz der Sache des Sozialismus zu weihen. Und jetzt ereignet sich ein ähnlicher Fall auch in den frommen Vereinigten Staaten, dem goldenen Land aller transzendentalen Schnurpfeisereien. Ein Prediger von Ruf, Mr. Edward Everett Hale, hat sich nämlich zum Sozialismus bekehrt und predigt denselben mit Feuereifer in den ihm als „Reverend“ zugänglichen „höchsten“ Kreisen der Gesellschaft. Indessen dürfte diese Art Propaganda wohl bald ihr Ende erreicht haben, denn Hale dürfte bald die Erfahrung machen, daß sein Einfluß in jenen Kreisen nur an dem Pfaffenrock hängt und in dem Augenblick zu Ende ist, wo er Vernunft und Freiheit predigt. Denn diese sind die Todfeinde der herrschenden Klasse, und wo sie Anhänger finden, beginnt das Reich der Ausbeuter zu wanken. Wenn Hale, Nieuwenhuis und ihre Gleichgesinnten aber von ihren bisherigen Verehrern in der Bourgeoisie vor die Thüre gesetzt werden, so werden sie dafür um so treuere Freunde und ein um so dankbareres Feld für ihre humanitäre Thätigkeit beim Volk finden!

Berichte.

a. l. Leipzig, 30. November. Es war vorauszu sehen, daß die Berliner Gewaltthat die Nacht, die sie besitzen, rücksichtslos ausnützen würden. Der Belagerungszustand ist erneuert worden. Darüber ist kein Wort zu verlieren, obgleich es die Lachlust und die Logik gleichmäßig herausfordern heißt, wenn Graf zu Eulenburg als Motiv für die Erneuerung anführt, „die Organisation der Sozialdemokratie sei noch in alter Kraft vorhanden.“ Damit ist doch wohl bewiesen, erstens, daß das Sozialistengesetz nicht seinen Zweck erreicht hat, zweitens, daß die gesammten Berliner Polizisten Esel sind, indem sie diese Organisation nicht fassen und zerstören konnten. Schade um das schöne Geld; sind es doch Millionen, welche die Steuerzahler für eine solche Institution ausgeben müssen!

Nun kommt aber die Hauptsache. Da der Belagerungszustand nach dem Sozialistengesetz nicht verlängert werden konnte — § 28 des Gesetzes schreibt vor, daß der Belagerungszustand längstens auf die Dauer eines Jahres verhängt werden dürfe — sondern in aller Form erneuert werden mußte, als sei er vorher gar nicht dagewesen, so ist auch klar, daß die unter dem früheren Belagerungszustand getroffenen Maßregeln nicht ohne Weiteres auf den neuen übertragen werden konnten. Dieser einfache, jedem Laienverstände sich von selbst darbietende Gedankengang ist aber vom Berliner Polizeipräsidium unbeachtet gelassen worden. Freilich, wozu wäre man auch Polizeipräsident, wenn man sich an Recht und Gesetz lehnen sollte; Polizeier sein und heißen ist im deutschen Reich synonym mit Gewalt und Willkürmenschen.

Es mußte um jeden Preis verhütet werden, daß die Ausgewiesenen, und sei es auch nur auf 24 Stunden, nach Hause zu ihren Familien kamen; wie leicht hätte auch während ihrer Anwesenheit eine Revolution ausbrechen und die Reihe des Ausgewiesenenwerdens an Herrn v. Madai und Konsorten kommen können! So wurde also flugs verordnet, daß alle alten Ausweisungen auch für den neuen Belagerungszustand Geltung hätten. Indes scheint Herr v. Madai doch nicht ganz seiner Sache sicher zu sein, denn er hat sich damit begnügt, diejenigen unserer ausgewiesenen Genossen, die nach Ablauf des Belagerungszustandes, in der Nacht vom 28. auf den 29., nach Berlin zurückkehrten, im Laufe des gestrigen Tages in ihren Wohnungen festzunehmen und nach dem Wolltenmarkt-Gefängnis transportiren zu lassen, wofür selbst nach mehrstündiger Haft bedeutet wurde, daß sie auch ferner ausgewiesen seien und noch im Laufe des Tages Berlin zu verlassen hätten. Um Aufsehen zu vermeiden, wurden

die Zifirten von ihren Wohnungen nach dem Wolltenmarkt und von dort theilweise später wieder nach ihren Wohnungen per Droschke transportirt. Genosse Vorkisch, der für besonders gefährlich gilt, wiederfuhr sogar die Aufmerksamkeit, daß man ihn Abends per Droschke aus seiner Wohnung abholte und ihn nebst seiner Frau (der die Begleitung gestattet wurde) nach dem Anhaltischen Bahnhof expedirte, wofür er nebst den Genossen Mühlberg und Haseloff die Rückreise nach Leipzig antrat, das sie die Nacht zuvor erst verlassen hatten.

Herr v. Madai hat es also für gut befunden, einen Prozeß wegen verbotener Rückkehr der Ausgewiesenen nicht zu machen und es ist auch wohl unweifelhaft, daß er damit vor den Gerichten abgeblüht wäre. Wir wollen sehen, ob er daselbe Verfahren auch gegen später Zurückkehrende beobachtet — eine gerichtliche Entscheidung zu provoziren, scheint uns nothwendig.

Schließlich muß aber betont werden, daß mit der Erneuerung des Belagerungszustandes auf's Neue an alle Genossen die Pflicht herantritt, für die Ausgewiesenen und ihre Familien zu sorgen!

C. Nürnberg, 26. Nov. Gestern war hier großes polizeiliches Treibjagen nach dem „Sozialdemokrat“. Die 1000 Stück, welche Sie uns von Nr. 5 zur Verbreitung gelangt haben, scheinen in die „richtigen“ Hände gerathen zu sein; daher das Rennen und Jagen nach dem schrecklichen Papier, in welchem so derbe Wahrheit enthalten ist. Es war aber auch eine Lust, wie die Verbreitung vor sich ging: in zwei Tagen waren alle Exemplare an den Mann gebracht, ein Beweis dafür, wie süß „verbotene Früchte“ schmecken. Doch zur „Treibjagd“ zurück. Gefunden wurde natürlich nicht ein Exemplar, nur hat man bei einem Arbeiter in der Vorstadt Wöhrd eine Partie alter Wahlprospähren, Flugblätter u. s. w. gefunden und natürlich gestohlen. Im Uebrigen erstreckte sich die Zubringlichkeit der Polizei, welche die Verhaftungen noch dazu beim Mittagessen störte, auf den früheren Parteipolporteur, jetzigen Buchhändler Reizger, den Faktor der hiesigen Genossenschaftsdruckerei, Wörlein, und auf die Lokalfürsorge dieser Druckerei selbst, sowie die Expedition der „Frank. Tgspst.“ (ein ganzlich tendenziöses Blatt, das in der Genossenschaftsdruckerei hergestellt wird). Einmal dieses, der sich bis dato noch keines polizeilichen Besuches zu erweuen hatte, obwohl er mancher Volksversammlung präsidirte, kommt mit den früheren Leitern der hiesigen Partei insofern seines Geschäftes oft lange Zeit nicht in Verbindung, und weiß daher nur vom Hörensagen, daß die Sucher sich im Großen und Ganzen der Form nach anständig betragen, überhaupt ist ja den untergeordneten Organen kein Vorwurf zu machen, da sie nur die stumm gehorchenden Werkzeuge Anderer sind — aber von den Leitern der hiesigen Polizei ist es auffallend, daß sie stets nur da lachen lassen, wo sie als ganz sicher annehmen können, daß ihnen nichts hingelegt oder sonst auf die Nase gebunden wird, was mit dem verbrecherischen „Gesetz“ vom Oktober vorigen Jahres irgendwie in Kollision gerathen kann. Daß die in dieser Beziehung maßgebenden Persönlichkeiten so große Esel sein sollten, in so bornirter Weise vorzugehen, ist bei allen „guten Eigenschaften“, welche diese Herren haben, nicht wohl anzunehmen; es wird daher wohl richtig sein, wenn ich vermute, daß diese wiederholten Verlastigungen derselben Personen und Geschäfte nur zu dem Zwecke erfolgen, um die Betroffenen zu kompromittiren und geschäftlich zu schädigen. Der Zusammenhalt unter den Parteigenossen wird durch die Lektüre des „Sozialdemokrat“ natürlich bedeutend erhöht. Wahrscheinlich wird man nun mit erhöhtem Eifer zu stüchern beginnen, allein bei Ihrer praktischen Expeditionsmethode und der amüsantesten Dummheit der hiesigen Detektivpolizei ist an einen Erfolg solcher Schnüffelereien nicht zu denken, und können die bereits ziemlich zahlreichen Abonnenten ganz ruhig sein; sie werden ihr Blatt regelmäßig erhalten. — Hoffentlich erleben wir noch die Zeit, wo wir unseren jetzigen Verfolgern jede Niederträchtigkeit mit Zins und Zinseszins heimzahlen können. „Dann sei uns auch kein Schurf zu groß“ — — —

Wien, 25. November. Vergangenen Samstag kam die f. Z. von Ihrem hiesigen Ss.-Berichterstatler (in Ihrer Nr. 1) betreffend geschilderte polizeiliche Hausfriedensbruchs- und Diebstahlverhuts-Affäre zur gerichtlichen Verhandlung. Wie es sich unter unserer vortrefflichen schwarzen „Ordnung“ von selbst versteht, war indessen nicht die gesetzesverletzende Polizei der Angeklagte, sondern der von ihr Beschädigte, Genosse Bernard. Die Verhandlung befätigte vollinhaltlich den infamen, jedem Gesetz und Recht ins Gesicht schlagenden Gewalt und Gaunerstreich der Polizei. Die Bourgeoispresse „erzieht“ den Sachverhalt ganz lakonisch, als ob es sich um die rechtmäßigste Sache von der Welt handelte: „Dem Polizei-Kommissariate Margarethen war zur Kenntniß gekommen, daß Bernard jeden Montag einen Brief aus London mit einer Zeitung revolutionären Inhalts erhielt. Am 29. September um 12 Uhr Mittags sollte Bernard abermals eine solche Zusendung aus London erhalten. Das Polizei-Kommissariat war zuvor durch das Postamt hiervon in Kenntniß gesetzt worden, und es warteten deshalb vor der Wohnung des Adressaten zwei Polizeibeamte die Ankunft des Briefträgers ab. Als derselbe erschien, verlegten sie sich mit ihm in die Wohnung Bernard's, und in dem Momente, als dieser den Brief zugestellt erhielt, wurde ihm das Schreiben von dem Beamten Streit abverlangt.“ Indessen weigerte sich Bernard bekanntlich, der unterschämten Anforderung zu entsprechen, und brauchte kein Hausrecht, indem er mit Hilfe seiner Frau und Tochter die Polizei bei Seite drängte und den Brief schnell verbrannte. — In dieser vollberechtigten Handlung fand nun der öffentliche Ankläger das Verbrechen des „Widerstands gegen die Staatsgewalt“. Die Verhandlung lieferte einen schlagenden Beweis von der schamlosen Korruption der österreichischen Behörden und von der vollendeten Rechtlosigkeit des „Untersuchungs“ gegenüber der Willkür derselben. Es hatte nämlich der Verteidiger den Zeugen Dr. Rupp gefragt, mit welchem Recht er in Bernard's Wohnung eingedrungen sei und ob er nicht das Gesetz zum Schutz des Briefgeheimnisses kenne? „Dr.“ Rupp, ein frecher, unwissender Patron, der zum Skribenten zu faul und zu andern Dingen zu dumm ist, und darum bei der Polizei Aktuars-, rechte Spießdienste genommen — dieser Dr. Rupp hatte hierauf die Unverfrorenheit, seine mit Rhinoceroshaut bewachsene Stirn in die Höhe zu werfen und dem Verteidiger dreist zu erwidern, daß über die Berechtigung seiner

Amtshandlung Niemand als die Polizei zu urtheilen habe, und rief dann den Gerichtspräsidenten um „Schutz“ gegen solche ihm unangenehme Fragen der Verteidigung an. Und der „Richter“ war in der That erbärmlich genug, dem frechen Polizisten Recht zu geben, dem Verteidiger einen Rüssel zu ertheilen und weitere Ausführungen desselben dadurch abzuschneiden, daß er das Beweisverfahren für geschlossen erklärte! Als der Richter billigt die freche Verletzung eines Gesetzes, die Polizei rühmt sich ihrer Schandthat und der Beschädigte, welcher in geistlich vollkommen gerechtfertigter Nothwehr handelte und welchem von Rechtswegen allein das Klagerrecht zustände — er wird sammt seiner Frau noch überdies zu Gefängniß verurtheilt (ersterer zu 8, letztere zu 14 Tagen). Es ist wahrhaft in unserem durch und durch faulen Staat schon manche Gewaltthat der Behörden vorgekommen, und tagtäglich kommen deren neue vor; aber eine solche schamlose Niedertrötung der fundamentalsten Rechte des Menschen und Bürgers dürfte in der neuen Zeit doch unerreicht dastehen!

Brascha.

— Kopenhagen, 17. November. Der stürmische und mächtige Anlauf, welchen die Arbeiterbewegung hier im Laufe Anfangs der 70er Jahre nahm, ist später in das Gegenteil umgeschlagen, wie bei Louis Pio's Verhaftung nach Amerika auch nicht anders zu erwarten war. Zu verwundern ist es noch, daß sich ein Häutelein Arbeiter wacker hält und unverbrossen bestrebt ist, das Banner der Arbeiterfrage hochzuhalten, da die Fahnenflucht allgemein war. Wer will auch den Arbeitern einen Vorwurf machen, wenn sie sich von einer Sache zurückziehen, der sie opferwillig anhängen, um schließlich zu finden, daß ein eitler Abenteuerer sie gewissenlos betrogen hatte? Es war aber auch gar zu bequem: die Arbeiter brauchten gar nichts zu lernen und zu denken, denn Pio besorgte das Alles selbst, und nebenbei bemerkte, machte er auch eifersüchtig darüber, daß nicht etwa strebsame Männer und ehrliche Arbeiter sich hervordrängten und ihm auf die Finger sahen. Bei denen, welche heute noch die Partei bilden, fehlt es nicht an gutem Willen, vorwärts zu kommen, wohl aber oftmals an Einsicht in die richtigen Mittel und Wege, dem hohen Ziele zuzustreben. Am besten wird die Partei durch ihr Organ „Sozialdemokraten“ repräsentirt, welches seit Anfang dieses Jahres einen mehr zielbewußten Inhalt bietet, und in Folge dessen auch Mitarbeiter in Kreisen außerhalb der Arbeiterpartei findet, so daß es bereits die Aufmerksamkeit der Regierung in der Ihnen bereits berichteten Weise auf sich zog.

Der Strike der Bauarbeiter zur Erlangung eines überall eingeführten und gegen den früheren ermäßigten Tarif scheint neuerdings ins Stocken gekommen zu sein (obgleich er von den meisten Meistern schon angenommen war), weil sich ein Theil, und zwar die bedeutenderen, verbunden haben, ihn unter keinen Umständen anzuerkennen und „den unterschämten Arbeitern den Prokofsch noch höher zu hängen.“ Die Versammlungen der Arbeiter sind deshalb auch stets sehr zahlreich besucht und oft auch stürmisch. Ein anderer Strike ist in einer unserer westindischen Kolonien ausgebrochen und macht den Pflanzern auf St. Croix weidlich das Leben sauer; denn seit dem 1. October weigern sich die Arbeiter, kraft des neuen Dienstloingesezes, sich wieder wie früher auf ein volles Jahr zu verdingen. Die Zuckerrohr-Pflanzungen wollen aber die Arbeiter in der alten Abhängigkeit erhalten wie bisher und beachteten das Gesetz nicht, im Vertrauen, daß die dänische Regierung zuletzt geüthigt sein werde, das „Landstreichergesetz“ zu handhaben. Die Arbeiter, offiziell „Plantagenarbeiter“ genannt, warteten einige Tage, daß sich die Herren besinnen möchten, vom Jahreskontrakt abzulassen und den Lohn von 70 Dore (ungefähr 1 Franken) entsprechend zu erhöhen. Da dies nicht geschah, so kamen am 6. Oktober 2—3000 Arbeiter in Fredrikstad an und baten, nach den Nachbarorten übergeführt zu werden, um dort Arbeit zu suchen. Ein englisches Kriegsschiff ist bei Fredrikstad vor Anker gegangen, auf Wunsch des englischen Konsuls, welches die Aufgabe hat, darauf zu achten, daß der Streit nicht, wie letztes Mal, die „friedliche Grenze“ überschreitet.

Jürgen Gaardmand.

Briefkasten der Expedition:

Wiso! Unsern Abonnenten zur Nachricht, daß die Nr. 4, 5 und 6 vergiffen sind, also nicht nachgeliefert werden können. Wir versenden stets pünktlich und thunlichst sicher; bei der Schwierigkeit unseres Postdienstes aber sind einzelne Verluste unterwegs nicht immer vermeidlich. Nachlieferungen erfolgen deshalb so weit Vorrath reicht auf Reklamationen, die wir uns jedoch erst frühestens 8 Tage nach dem Erscheinen des Blattes auf sicherem Wege erbiten. Neue Adressen sind diesfalls erwünscht. Bestellungenbriefe wollen man zur Vermeidung von Weiterungen möglichst durch bekannte Vertrauensleute gegenzeichnen lassen, da wir verdächtige Verkäufer besonders bedienen müssen. —

+++ Geld erhalten und Korrespondenz. — Rothlauf D. S. D.: Dank für Referenz. Es ist uns trotz Altem durchaus nicht gleichgültig, ob wir gezwungen sind, Spiheln auf die Nase zu binden, was nur für Genossen kenntlich sein darf. Verstanden? Gruß! —

Quittung.

Für den Unterstützungsfonds sind eingegangen:

Vom 17. bis 29. November: R., Baden 2; Alfeld 6,50; Frankenhäuser 1,25; Rhoda 2; Ein bare. Endtag. Abg. 5; R., Leipzig 8,20; Großh. 1; R., Leipzig 4,00; B., Cassel 8,00; Amdam 30; Cassel 10; Keitlingen 4; Braunsdorf 4; Strauben 25,80; G., Hamburg 10; R., Friedenthal 1 Str. Schief. 8,55; Verden 15; Unter-Bredow 2; R., Berviers 12,10; Mannheim 30; R. L., Aulzig 8,67; Leihhauken 14,80; G., Augsburg 6; Hohenheim-Ernsthof 3,50; Riedsburg 23; Kaufst. 5; Herolds 10; Bieschen b. Dresden 6,40; Gumbinnen 75; Cottbus 3; R. E., Präuss. Wäheren 10,30; Keitlingen 15; Dessau 2; Leipzig 2; Sachsenhausen 15; Wachen 10; Riedburg 4,86; Großsch. Wegau 6,45; Dortmund 5,90; Osnabrück 13,45; Paderborn 3; Burchardsdorf 3; Mannheim 25; Keitlingen b. Rhina 3,80; Pandsch 1/Papier 8; Ostrow 7,30; Landan 3,50; Stuttgart 7; Ulm 14,25; Lübeck 16; Delitzsch 6,41; Wiggaldel Str. Schief. 3,82; Leipzig 4,10; 3., Leipzig 2; Minden 1/Westph. 22; P., Leipzig 5; Burgstadt b. Chemnitz 7,30; Chemnitz 14; L., Köln 30; Leipzig 80; Bärth 1/Papier 30 — Karf.

Beim „Sozialdemokrat“ — vom 13. bis 30. November: R. W. B. 6,15; Alle für Einen, Einer für Alle, Como 3; Für die verfolgten deutschen Genossen, Ertrag der Abendunterhaltung am 23. Nov. im Deutschen Verein in Zürich, durch Sörgel 67,70 — Franken.

Für den Magdeburger Wahlfonds sind eingegangen:

Beim „Sozialdemokrat“: G., Zürich 2; X., Döttingen 1; Br., Döttingen 1; R., 1; U., 0,50; Alle für Einen, Einer für Alle, Como 2 — Franken.